



## Sprecherrat der Tschernobyl-Initiativen von Rheinland-Pfalz/Saarland Info Nr. 3/2004

---

### Liebe Freunde der Tschernobyl-Initiativen

Mit großer Überraschung haben wir zur Kenntnis genommen, dass durch staatliche Verordnung für die Zukunft keine Kindererholung mehr möglich sein soll.

Der Sprecherrat wird in seiner nächsten Sitzung, Anfang Dezember, darüber befinden, welche Schritte eingeleitet werden sollen und müssen.

### Nachfolgend Pressemitteilungen, Stellungnahme der deutschen Botschaft in Minsk über die Rede des Präsidenten A. Lukaschenko vor dem Parlament am 17.11.04

Originaltext der Staatlichen Nachrichtenagentur >Belta<!

Lukaschenko fordert die Einführung von Einschränkungen bei den Reisen von Kindern ins Ausland [ 18-11-2004 ]

[ belta - staatliche nachrichtenagentur ] - Sieht ihr denn nicht was für Kinder von dort zurückkehren? Was uns diese Lebensweise vermittelt? Diese konsumorientierte Lebensart hat auch so schon die Jugend und das ganze Land befallen. Eine solche Erziehung brauchen wir nicht;

Die Adoption von Kindern durch die Bürger anderer Länder ist eine Schande für unseren Staat, und wir müssen uns ein für allemal davon befreien; so der Staatschef A. Lukaschenko. Seinen Worten nach, kämpft das Land ums Wachstum der Bevölkerung und gleichzeitig werden Tausende von Kindern ins Ausland geschickt.

Wir müssen unsere eigenen Kinder selber großziehen und für ihre Erziehung sorgen; unterstrich der Staatspräsident.

Lukaschenko wies darauf hin, dass er es nun persönlich kontrollieren will, ob sein Auftrag ausgeführt wird. Demnach sollen alle Entscheidungen über die Organisation von Kindererholungsreisen im Ausland sowie die Adoption von Kindern durch die Bürger anderer Staaten vom Bildungsminister A. Radkow persönlich getroffen werden. Dieser Prozess muss nicht bloß auf ein Minimum reduziert, sondern ganz und gar zunichte gemacht werden; - erklärte A. Lukaschenko

A. Lukaschenko unterstrich, dass in Belarus mit den unkontrollierten Kindererholungsreisen von Kindern ins Ausland nun endgültig Schluss gemacht wird. Dabei ist der belarussische Staatschef überzeugt, dass die Organisation von Auslandsreisen für Kinder, die Erholung und Gesundung brauchen, das absolute Vorrecht der Regierung sein soll.

Wenn man uns Hilfe leisten möchte, dann müsse man uns die Geldmittel überweisen und kontrollieren wie wir diese verwenden. Die Gesundung und Erholung unserer Menschen sollen vor allen Dingen innerhalb unseres Landes organisiert werden, dazu haben wir genügend Möglichkeiten. Und nur in Ausnahmefällen darf ein Kind ins Ausland gebracht werden, wenn er beispielsweise eine komplizierte Operation benötigt, die in Belarus nicht durchgeführt werden kann;

sagte A. Lukaschenko. Er forderte bereits im kommenden Jahr die Schaffung einer idealen Ordnung auf dem Gebiet.

Sieht ihr denn nicht was für Kinder von dort zurückkehren? Was uns diese Lebensweise vermittelt? Diese konsumorientierte Lebensart hat auch so schon die Jugend und das ganze Land befallen. Eine solche Erziehung brauchen wir nicht; - unterstrich der Präsident.

Zudem warnte er Eltern, ihre Kinder ins Ausland in die Ferien zu schicken, dort würden sie nur zum Konsum verführt. Der Staatschef beauftragte zugleich die Präsidialverwaltung mit der Bestimmung von Hauptausrichtungen der humanitären Hilfe, die aus dem Ausland kommt.



## Sprecherrat der Tschernobyl-Initiativen von Rheinland-Pfalz/Saarland Info Nr. 3/2004

---

### Deutsche Botschaft Minsk

Subject: Lukaschenko zu Tschernobyl-Kinderreisen

Liebe Belarus-Mitstreiter und Freunde,

anliegende Belapan-Agenturmeldung vom gestrigen Tage übersende ich Ihnen zur Kenntnis und mit der Bitte um möglichst breite Streuung an Ihnen bekannte Organisationen und Personen, die sich im Bereich Kindererholung engagieren.

Der Präsident dieses Landes hat sich in seiner Rede vor dem Parlament am 17.11. u.a. eindeutig zur Zukunft der Erholungsreisen von Tschernobyl-Kindern ins Ausland geäußert. Die Art und Weise, wie dies geschah, spricht wieder einmal für sich und bedarf keines Kommentars.

Wir müssen damit rechnen, dass in nächster Zeit die zuständigen Ministerien und Behörden die Gedanken des Präsidenten zügig in die Tat umsetzen werden. Ob dies konkret auf ein Verbot bzw. ein extrem erschwertes und damit letztlich nicht mehr handhabbares Verfahren zur Genehmigung solcher Reisen hinauslaufen wird, lässt sich noch nicht abschließend sagen, es ist aber wohl davon auszugehen.

Ich möchte alle Betroffenen bitten, sich mit ihren Organisationen bereits jetzt zu beraten und mögliche Reaktionen auf zu erwartende Schritte der Regierung in diese Richtung zu diskutieren. Wir sollten dies nicht unwidersprochen hinnehmen, sondern offensiv den enormen Beitrag vor allem deutscher NGO's zur Linderung der Tschernobylfolgen hervorheben und auch ganz klar die Konsequenzen einer Einschränkung dieses Austausches aufzeigen.

Wann immer Sie Fragen oder Gesprächsbedarf zu Einzelthemen in diesem Zusammenhang haben, wenden Sie sich bitte an den Unterzeichner.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Faust  
Botschaft Minsk  
----- End forwarded message -----

### Frau Ingrid Sahn übermittelt:

Die Passage aus der Rede vom 17.11. lautet:

Wir haben ein und für allemal Schluss gemacht mit der unkontrollierten Erholung unserer Kinder im Ausland. Die Ordnung ist scheinbar hergestellt.

Allerdings stimmt besorglich, dass von den 130 Organisationen, die eine Lizenz für diese Tätigkeitsrichtung erhalten haben, 115 gesellschaftliche und 9 religiöse Organisationen sind.

Wir möchten alle diese Organisationen nicht pauschal verdächtigen, nicht gewissenhaft zu arbeiten und das Tschernobyl-Unglück auszubeuten. Doch es gibt Fakten, dass den Eltern Geld aus der Tasche gezogen wird unter dem Vorwand von zusätzlichen Angeboten und Exkursionen.

Gleichzeitig haben sich die lokalen Behörden aus dieser äußerst wichtigen



## Sprecherrat der Tschernobyl-Initiativen von Rheinland-Pfalz/Saarland

### Info Nr. 3/2004

---

sozialen Arbeit herausgehalten. Dies gilt auch für das Präsidialamt, das für einen Teil dieser Probleme zuständig ist. Nur vier staatliche Organisationen beschäftigen sich mit der Kindererholung im Ausland.

Die Organisation der Auslandsreisen von Kindern, die Erholung benötigen, muss eine Prerogative des Staates sein.

Und überhaupt, muss man damit Schluss machen. Wenn man uns Hilfe leisten will, dann sollen sie das Geld hierher überweisen und kontrollieren, wie wir es nutzen. Wir sollen die Menschen, die Kinder in unserem eigenen Land erholen - wir haben heute dafür genug Möglichkeiten. Und nur im Notfalle sollen wir die Kinder über die Grenzen unserer Republik bringen.

Seht Ihr denn nicht, wie die Kinder von dort zurückkommen? Was uns die Lebensweise [dort] bringt? Wir haben hier ohne bereits eine passive Konsumentenhaltung [...] Und diese Kinder kehren von dort als Konsumenten im Quadrat (in Anführungszeichen) zurück. Eine solche Erziehung brauchen wir nicht.

Ich denke, dass im nächsten Jahr in dieser Sphäre eine ideale Ordnung geschaffen wird. Und ich verlange dies zu tun.

Wenn wir hier ein Kind nicht erholen können, wenn es eine Operation braucht, die wir hier nicht machen können, dann können wir sie in den USA, Deutschland oder Israel durchführen - bitte sehr. Doch nur unter der Kontrolle des Staates: Lasst so viele übrig, wie Ihr Organisationen braucht, auch gesellschaftliche, religiöse, private - und handelt. Mögen diese gesellschaftlichen, religiösen Organisationen dort arbeiten, im Ausland, und die für unser Land nötige humanitäre Hilfe hierher bringen.

Ich denke, das Präsidialamt sollte endlich, die Hauptrichtungen der humanitären Hilfe bestimmen. Wir brauchen keine Lumpen, Kleider, Süßigkeiten etc., davon haben wir auch so genug. Wir brauchen modernes medizinisches Gerät. [...]

Viele Grüße

Astrid Sahn

**Der Sprecherrat wird sich bemühen Sie über weitere Informationen zu unterrichten.**

**Der Sprecherrat**